Änderung des Straßen- und Wegegesetzes NRW

Mit der vom Landtag während des Oktober-Plenums beschlossenen Änderung des nordrhein-westfälischen Straßen- und Wegegesetzes ist nun der Weg frei für den Bau sogenannter „Radschnellwege“. Die bereits im Koalitionsvertrag von 2012 angedachten Radschnellwege sollen die Attraktivität des Fahrrades als Verkehrsmittel der Pendler steigern und so eine echte Alternative zum PKW aufzeigen. Langfristig soll das Vorhaben daher zur Entlastung des alltäglichen Pendlerverkehrs in NRW beitragen.

Bild: Chris Becker | unsplash.com/@chrisbecker

Die Radschnellwege können nun gleichgestellt mit den Landesstraßen gemeinde- bzw. kreisübergreifend gebaut werden. Indem die Wege wesentlich breiter und sicherer gestaltet werden können, wird man den stetig wachsenden Ansprüchen des wesentlich beschleunigten Fahrradverkehrs gerecht. Gute Erfahrungen hat man bereits mit dem vielfach von Pendlern genutzten Radschnellweg Ruhr gemacht, der auf einer Strecke von 100 km die Städte des Ruhrgebiets für Fahrradfahrer attraktiv verbindet. Wir hoffen nun, an den Erfolg des Ruhrgebiets anknüpfen zu können und so zu einer Entlastung des Pendlerverkehrs beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Anfang Oktober tagte in Düsseldorf wieder der Landtag – und zwar bereits zur 123., 124. und 125. Sitzung. Und auch während dieser drei Plenartage gab es wieder viel zu diskutieren und debattieren. Erfreulich: Mit der Änderung des Straßen- und Wegegesetzes in NRW kann es losgehen mit dem Bau sogenannter „Radschnellwege“ im Land. Gute Aussichten für Schulen in NRW verspricht auch das Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ zur Schulmodernisierung. Und: im NRW-Festjahr feiert auch die Landeszentrale für Politische Bildung ihren 70. Geburtstag. Deren Mittel hat der Landtag für die so wichtige Bildungsarbeit erhöht. Wir wünschen eine gute Lektüre!

Für die Abgeordenten,

Die Kölner SPD-MdL

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten
Tel: 0221 - 99 55 99 74 I Fax: 0221-99 55 99 76
koelnerspdmdl@landtag.nrw.de
eva.sundermann@landtag.nrw.de
judith.silbernagel@landtag.nrw.de

DIE KÖLNER SPD - LANDTAGSABGEORDNETEN

Für Sie gehen wir bis nach Düsseldorf!

Martin Börschel I Stephan Gatter I Ingrid Hack I Gabriele Hammelrath I Andreas Kossiski I Jochen Ott I Lisa Steinmann

Gute Schule 2020 – Die 2 Milliarden Euro Investition in die Schule von morgen

Kölner Schulen profitieren von fast 100 Millionen Euro aus dem neuen Landesprogramm

Wir fordern *Gute Schule* und *Beste Bildung* für alle. Und um den wachsenden Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden, fordert gute Schule eine stetige Modernisierung und Weiterentwicklung. Um unsere Kommunen bei dieser Aufgabe weiter zu unterstützen, kündigte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Juli das kommunale Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ zur Schulmodernisierung an. Kaum drei Monate später liegt der Gesetzesentwurf auf dem Tisch. Das Programmvolumen? Zwei Milliarden Euro.

Bild: Jürgen Acker / pixelio.de

Das Prinzip: Der Förderkredit wird von den Kommunen direkt bei der NRW.BANK als Partner des Landes beantragt. Ab dem zweiten Jahr beginnt die Rückzahlung- durch das Land NRW. Den dieses übernimmt die Tilgungsleistung für die gesamte Laufzeit der kommenden 20 Jahre. Für die Kölner Schulen ist dabei ein Kreditkontingent von insgesamt 99.998.110 Euro für die kommenden vier Jahre vorgesehen.

Die Fördervoraussetzungen: Das neue Programm soll unseren Kommunen schnelle Unterstützung gewährleisten. Gefördert werden dazu Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen auf kommunalen Schulgeländen und den dazugehörigen Sportanlagen sowie die digitale Infrastruktur. Damit investiert NRW nicht nur in die Schulsanierung, sondern auch in die wichtige digitale Zukunft, die unseren Kindern und Jugendlichen unmittelbar bevor steht.

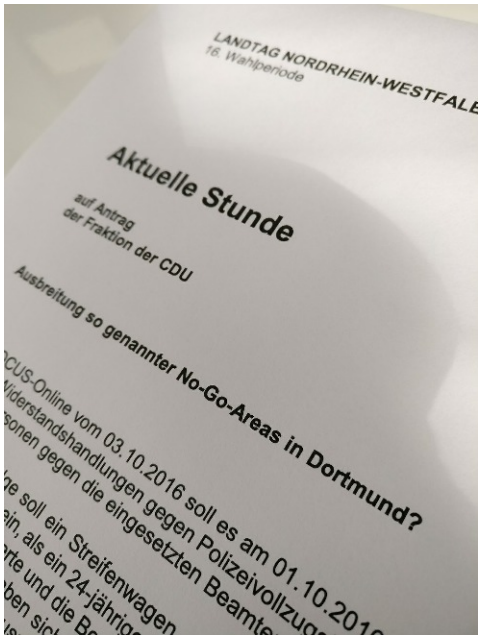
Wenn wir die Schulen, wie Sigmar Gabriel sagte, endlich zu den „Kathedralen“ unserer Gesellschaft machen wollen, müssen wir in sie investieren. „Gute Schule 2020“ wird im Januar 2017 starten und unseren Kommunen damit die Unterstützung geben, die sie benötigen.

Unsere Empfehlung: Rede zum Programm Gute Schule von Norbert Römer

Weitere Informationen: Link zur Seite der Landesregierung zu Gute Schule 2020

Wie CDU und FDP das Geschäft mit der Angst betreiben

Für die Plenarsitzung am Donnerstag (06.10.2016) hatte die CDU im Landtag eine Aktuelle Stunde beantragt. Thema: „Ausbreitung so genannter No-Go-Areas in Dortmund?“ Das Fragezeichen am Ende ist nicht etwa, wie sich in der Debatte rasch zeigen sollte, eine wirkliche Frage, sondern der Gebrauch eines Stilmittels, wie es vor allem in der Boulevardpresse gerne angewandt wird. Der perfide Trick mittels Interpunktion ist nicht neu. Eine skandalträchtige Aussage wird mit der Hoffnung in den Raum gestellt, dass schon etwas hängen bleiben wird. Falls Fakten dem entgegenstehen, kann man sich auf die scheinheilige Position zurückziehen, man dürfe doch wohl noch eine Frage stellen. Man mag über diese Form der Meinungsmache streiten dürfen, aber in der politischen Auseinandersetzung sollte sie verpönt sein.


LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALE
16. Wahlperiode

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU

Ausbreitung so genannter No-Go-Areas in Dortmund?

In der Begründung der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde wurde auf zwei bekannte Sachverhalte hingewiesen, die sich im September und Anfang Oktober in Dortmund ereignet hatten. In beiden Fällen mussten starke Polizeikräfte eingesetzt werden, weil sich bei ursprünglich geringen Einsatzanlässen Betroffene gewehrt hatten und sich in kurzer Zeit Umherstehende solidarisierten und das Einschreiten der Polizei verhindern wollten. Nur zusätzlich anrückende Polizei konnte schließlich sicherstellen, dass die von der Polizei zum Zwecke der Strafverfolgung begonnen Maßnahmen letztendlich auch durchgeführt werden konnten. Der CDU-Antrag endete mit „Die Bürgerinnen und Bürger stellen sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Dortmund langfristig gesichert ist oder ob sich auch dort so genannte No-Go-Areas ausbreiten.“

Ist es Unkenntnis über Sinn und Bedeutung der aus dem Militärischen stammenden Begrifflichkeit „No-Go-Area“ oder ist es angesichts der Landtagswahl in sieben Monaten bewusste Panikmache, um der Öffentlichkeit zu suggerieren, Nordrhein-Westfalen habe sich unter der rot-grünen Landesregierung zum rechtsfreien Raum entwickelt?

Der CDU-Abgeordnete Golland machte als Erster deutlich, dass es wohl beides ist. Es dürfe keine rechtsfreien Räume geben, trug er vor, das Gewaltmonopol müsse ausschließlich beim Staat bleiben. Als ob dem irgendjemand widersprechen würde, möchte man fragen, aber Golland machte aus der Selbstverständlichkeit einen Angriff. Der Innenminister müsse endlich handeln, sagte er und implizierte damit, dass dies nicht geschehen würde. Für die FDP (Wir erinnern uns – die Liberalen) meinte deren Abgeordneter Lürbke, Nordrhein-Westfalen sei auf dem Weg zum risikolosen Verbrechen. Das muss man sich erstmal auf der Zunge zergehen lassen.

- weiter geht’s auf der nächsten Seite -

Es zog sich wie ein Schreckensszenario durch die Redebeiträge der Opposition: No-Go-Areas in Dortmund, Essen, Duisburg, Köln. Überall, so die Suggestion, würden rechtsfreie Räume bestehen. Von rechtsstaatlichem Offenbarungseid war die Rede und davon, dass Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren brutaler, unsicherer und radikaler geworden sei.

Dass die CDU mit ihren im Antrag genannten Dortmunder Beispielen geradewegs deutlich gemacht hatte, dass die Polizei eben nicht rechtsfreie Räume zulässt, sondern erforderlichenfalls mit starken Einsatzkräften dafür sorgt, dass das staatliche Gewaltmonopol durchgesetzt wird, hat sie freilich nicht davon abgehalten, diesen unsäglichen Begriff der No-Go-Areas zu verwenden, der vor Jahrzehnten im ehemaligen Südrhodesien, im Vietnamkrieg oder während des Bürgerkriegs in Nordirland zur gängigen Begrifflichkeit wurde.

Die Rednerinnen und Redner von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wie auch Innenminister Ralf Jäger forderten im Laufe der Debatte CDU und FDP mehrfach dazu auf, Fakten zu nennen, statt Bürger mit der These zu verunsichern, in Nordrhein-Westfalen gäbe es rechtsfreie Räume. Fehlanzeige. Konzepte oder irgendwelche Vorschläge seitens der Opposition? Fehlanzeige.

Also mussten der Innenminister und die regierungstragenden Fraktionen daran erinnern, dass in Nordrhein-Westfalen seit der Regierungsübernahme 2010 doppelt so viele Polizistinnen und Polizisten eingestellt wurden, wie in der Regierungszeit von CDU und FDP. Also musste daran erinnert werden, dass speziell in Städten mit sich abzeichnendem Konfliktpotenzial zusätzliche Kräfte der Bereitschaftspolizei eingesetzt werden, um verstärkt gegen Kriminalität vorzugehen.

Am Beispiel Dortmund, um das es ja im CDU-Antrag ging, machte der Innenminister es mit konkreten Zahlen fest. Ralf Jäger wörtlich: „In Dortmund zeigt die Polizei deutlich mehr Präsenz, unter anderem auch mit Kräften der Bereitschaftspolizei, und zwar, Herr Golland, Herr Lürbke, mit 5.865 zusätzlichen Stunden. Dass das wirkt, dass das Erfolg hat, zeigt sich – vielleicht sollten Sie diese Fakten einmal zur Kenntnis nehmen – an Folgendem: In Dortmund ist die Straßenkriminalität in diesem Jahr um 40 Prozent zurückgegangen, die Gewaltkriminalität um 20 Prozent.“

Der Innenminister stellte abschließend klar, was ernsthafter Weise auch die Opposition nicht bestreiten könnte, würde sie nicht längst dem Wahlkampfmodus verfallen sein. Jäger: „Es gibt in NRW keine Bereiche, die die Polizei meidet, kein Quartier, in dem sie das Gewaltmonopol anderen überlässt. Wir haben in wenigen Stadtteilen Nordrhein-Westfalens vielfältige soziale Probleme, die sich dort vor Ort kumulieren. Und trotz dieser Probleme regieren diese Stadtteile eben nicht Familienclans oder kriminelle Banden. Dort regiert trotz aller Probleme immer noch der Rechtsstaat.“

Andreas Kossiski, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses, resümierte am Ende der Debatte: „Was wir heute von CDU und FDP erlebt haben, reiht sich nahtlos in ein gängiges Verhaltensmuster der Opposition ein: Ängste schüren, Fakten ignorieren, keinerlei konstruktive Vorschläge unterbreiten, am rechten Rand fischen. Mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun.“

Landtagspräsidentin zu Gast in Meschenich

Schon eine Woche vor der offiziellen Eröffnung konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke das neue Schmuckstück in Augenschein nehmen. Im Anschluss an einen Besuch in der Grund-„Schule im Süden“ war die höchste Repräsentantin unseres Landesparlaments der Einladung von Ingrid Hack ins Kinder- und Jugendzentrum Meschenich gefolgt. Für das Gespräch im frisch sanierten Nebengebäude nahm Carina Gödecke sich erfreulicherweise viel mehr Zeit als eigentlich geplant.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (2. v. r.) gemeinsam mit Ingrid Hack MdL im Gespräch mit dem Team vom Jugendzentrum Meschenich.

Aus bisher eher unattraktiven Abstellräumen hat das Team um Azbiye Kokol und Amir Rakhsh-Bahar nun mit großer Spender-Unterstützung einen hellen ruhigen Raum für Besprechungen und Beratungen von Team, Jugendlichen, Eltern und Gästen geschaffen. „Das soll unseren Jugendlichen auch vermitteln: Euer Raum ist was wert, so wie Ihr uns was wert seid!“ erläuterte Kokol der Präsidentin. Oft genug erlebten die jugendlichen BesucherInnen in Meschenich das genaue Gegenteil: Vor allem am Kölnberg sei vieles nicht so gut gepflegt und ihre Wohnsituation biete oft nicht so „schöne“ Räume. „Das Jugendzentrum ist für sie ein zweites Zuhause“, so Kokol und Rakhsh-Bahar. Carina Gödecke und Ingrid Hack erfuhren viel über die aktuelle Arbeit des Teams, die in einem Stadtteil wie Meschenich oft über das „normale“ Maß hinausgeht. Häufig sind die Fachkräfte Kummerkasten für alles Mögliche, oft regeln sie Konflikte, zeigen aber auch Chancen und Wege für die Jugendlichen und die Eltern auf. Das Team wünscht sich eine dauerhafte Sozialarbeit am Kölnberg, nicht eine immer wieder befristete Stelle. Sie schilderten der Präsidentin, dass „ihre“ Kinder kleinere Gruppen brauchen, als es die OGS derzeit bieten kann, und plädierten für den Erhalt der im Zentrum angesiedelten Übermittag-Betreuung.

Ingrid Hack erläuterte dem Team, ergänzt um Frau Bischoff und Herrn Johannsmeier vom Träger JUGZ das soeben gestartete *Landesprogramm „Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf“*, das nun sehr zügig besonders Kindern und Jugendlichen zugutekommen soll. „Gemeinsam mit dem Sozialraumkoordinator und der Verwaltung sollte das KuJ-Zentrum schnell dafür sorgen, dass die Stadt Köln auch für Meschenich Anträge einreicht.“

Weitere Informationen:

Projektauftruf zum Landesprogramm „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf“

"Landeszentrale für Politische Bildung" feiert Geburtstag – Landtag erhöht die Mittel #LZpB #demokratie_leben #NRW

Das Jahr 2016 ist für das Land Nordrhein-Westfalen ein ganz besonderes Festjahr. Vor 70 Jahren wurde das Land durch die britische Besatzungsmacht durch die Zusammenlegung der ehemaligen preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen gegründet, 1947 komplettierte der Landesteil Lippe das heutige NRW. 70 Jahre NRW bedeuten auch 70 Jahre parlamentarische Demokratie.

Knapp ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs und den Erfahrungen aus zwölf Jahren nationalsozialistischem Terror und Unterdrückung, sahen sich die Briten und demokratische Kräfte der Herausforderung gegenüber demokratischen Strukturen zu etablieren. In diesem Geist wurde zunächst die Staatsbürgerliche Bildungsstelle in Düsseldorf gegründet. Sie sollte den Menschen an Rhein und Ruhr die Grundzüge und Funktionen, Rechte und Pflichten eines demokratischen Staats vermitteln. Erst 1967 änderten sich der Name und die Schwerpunkte der Institution, die fortan als Landeszentrale für Politische Bildung NRW bekannt ist.

70 Jahre Landeszentrale für Politische Bildung, 70 Jahre Demokratieförderung eine lange Zeit, dennoch ist der Grundgedanke aktueller denn je. Aufgabe der politischen Bildung ist es, Hintergründe auszuleuchten, Abläufe zu erklären, die Fundamente der Demokratie zu festigen, die Zivilgesellschaft zu stärken und damit Bürgerinnen und Bürger zu einem reflektierten politischen Handeln zu befähigen. Dieses reflektierte Handeln ist es, was in der heutigen komplexen, globalisierten Welt immer schwieriger wird. Entscheidungen werden zwar oft lokal getroffen, ihre Auswirkungen sind aber immer stärker von globaler Bedeutung. Aktuelle Umbrüche bedrohen Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten der Demokratie. Dies umfasst auch die Notwendigkeit nach Orientierung und Vergewisserung der Menschen. Fehlen diese sind einfache Parolen und populistische Lösungen anziehend und Parteien und Gruppierungen der extremen Flügel bekommen Zulauf. Eine neue Dimension ist dabei der politische religiöse Extremismus, der in Deutschland bisher nur in Form des gewaltbereiten Salafismus auftritt.

Mit Mitteln ihren Mitteln versucht die Landeszentrale für Politische Bildung diesen Tendenzen entgegenzuwirken und leistet dabei hervorragende Arbeit. Mit jährlich über 80.000 Publikationsbestellern und mehr als 40 geförderten Einrichtungen der politischen Bildung mit rund 8.000 Veranstaltungen und rund 180.000 Teilnehmenden sowie 26 geförderten Gedenkstätten lässt sich der Erfolg deutlich ablesen. Dabei ist es das Ziel die unterschiedlichen Zielgruppen auf verschiedenen, medialen Ebenen zu erreichen. Dazu gehört nicht nur ein eigener YouTube Kanal, sondern auch Facebook und sind für die LZpB bereits Standard, darüberhinaus bilden Apps, Planspiele für Schülerinnen und Schüler, der Wahl-O-Mat und viele klassische Veranstaltungsformate wie Podiumsdiskussionen oder Gedenkstättenführungen ein breitgefächertes Programm.

„Ich freue mich, dass es uns im Hauptausschuss gelungen ist, den Etat der Landeszentrale für politische Bildung für das nächste Jahr um 400.000 Euro auf insgesamt 13,6 Mio. Euro anzuheben und die grundlegend wichtige Bildungsarbeit auf solide Füße zu stellen." so die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann. „Es ist eine der größten Herausforderungen, die Menschen in NRW bestmöglich zu informieren und aufzuklären und sie so zu befähigen, sich in dieser scheinbar komplexer werdenden Welt ein differenziertes Bild zu machen. Die platten Parolen von Rechtspopulisten und anderen Extremisten dürfen sich einfach nicht weiter in den Köpfen festsetzen."

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Stefanie Kempf (stefanie.kempf@landtag.nrw.de).

Martin Börschel:
Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015
Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:
Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015
Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW
Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:
Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:
Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss
Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:
Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:
Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission
Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de

SPD Köln
Unterbezirksvorsitzender Jochen Ott MdL
Magnusstr. 18b
50672 Köln

Telefon: 0221 - 99 55 99 74
Verantwortlich für Telemedien nach § 5 TMG/gemäß § 55 RStV:
Jochen Ott MdL
Internet: www.koelnspd.de

Leserbriefe:
koelnerspdmdl@landtag.nrw.de
Layout & Gestaltung: Stefanie Kempf
Redaktion: Die Kölner SPD-Landtagsabgeordneten, Judith Silbernagel, Eva Sundermann